

(A)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke der Frau Ministerin Brunn. Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen zu dem Tagesordnungspunkt 7 - Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Studentenwerke im Land Nordrhein-Westfalen - liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung - das ist die Drucksache 11/3785 - enthält drei Nummern, über die wir nun getrennt abstimmen.

Ich darf die Kolleginnen und Kollegen bitten, die gerade noch in den Saal strömen oder sich noch nicht plaziert haben, ihren Platz zu suchen, damit wir die Abstimmung ordnungsgemäß vornehmen können.

Wir stimmen ab, zunächst über Nr. 1 der Beschlußempfehlung. Danach soll der Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN - Drucksache 11/2169 - abgelehnt werden. Wer für die Beschlußempfehlung ist, den bitte ich ums Handzeichen. - Danke sehr. Wer ist dagegen? - Danke schön. Stimmenthaltungen? - Gegen die Stimmen der Fraktionen der GRÜNEN und der F.D.P. mit den Stimmen von CDU und SPD ist der Gesetzentwurf Drucksache 11/2169 der Fraktion DIE GRÜNEN in zweiter Lesung abgelehnt.

(B)

Wir stimmen nun über die Nr. 2 der Beschlußempfehlung ab, wonach der von der Arbeitsgruppe "Studentenwerke" vorgelegte Bericht begrüßt wird. Wer für die Beschlußempfehlung ist, den bitte ich ums Handzeichen. - Danke sehr. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das scheint einstimmig zu sein. Der Landtag ist der Beschlußempfehlung einstimmig gefolgt.

Ich rufe Nr. 3 der Beschlußempfehlung auf. Sie enthält eine Aufforderung an die Landesregierung, auf der Grundlage dieses Berichtes einen Gesetzentwurf zur Änderung des Studentenwerkesgesetzes vorzulegen. Wer ist für die Beschlußempfehlung? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Stimmenthaltungen? - Keine! Gegen die Stimmen der Fraktion DIE GRÜNEN ist diese Aufforderung vom Landtag an die Landesregierung ergangen.

(C)

Meine Damen und Herren, damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Gesetz zur Errichtung der Fachhochschule Gelsenkirchen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/3762

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst dem Kollegen Apostel von der SPD-Fraktion das Wort.

(Ministerin Brunn: Zuerst die Einbringung!)

- Die Frau Ministerin hat sich zu Wort gemeldet. Frau Ministerin Brunn, Sie haben zunächst zur Einbringung das Wort. Bitte schön!

Ministerin für Wissenschaft und Forschung Brunn²: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte mich nicht vordrängen. Üblicherweise rede ich in den Debatten nach den Abgeordneten. Aber ich soll ja hier einen Gesetzentwurf einbringen, und aus dem Grunde bin ich Ihnen dankbar, daß Sie mir die Gelegenheit geben, am Anfang der Debatte zu sprechen.

(D)

Vizepräsident Schmidt: Das Präsidium hatte falsch sortiert, Frau Ministerin.

Ministerin für Wissenschaft und Forschung Brunn²: Ich freue mich, daß wir bereits viereinhalb Monate nach der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten am 15. Januar in Gelsenkirchen über das Errichtungsgesetz für die neue Fachhochschule Gelsenkirchen und ihre Abteilungen in Bocholt und Recklinghausen beraten können.

(A) (Ministerin Brunn)

Mit der Fachhochschule Gelsenkirchen wird ein Top-Wunsch der Region verwirklicht. Davon verspricht sich die Region mit Recht die positivsten Auswirkungen auf den notwendigen Strukturwandel, zugleich bessere Bildungsmöglichkeiten für die junge Generation als neuen Standortvorteil und außerdem die Heranbildung jener klugen Köpfe, die die neuen Aufgaben in der Region gemeinsam in Angriff nehmen sollen.

Aufgabe der Fachhochschule Gelsenkirchen wird es sein, durch eine paxiorientierte Lehre, die in enger Zusammenarbeit mit den Kräften der Region entwickelt wird, den Absolventen die Kompetenz zu vermitteln, die diese für ihre beruflichen Aufgaben vor allem dort vor Ort benötigen. Darüber hinaus wird die neue Fachhochschule den Technologietransfer beschleunigen und durch angewandte Forschung zur Problemlösung bei der Entwicklung neuer Verfahren und neuer Produkte beitragen. Dabei wird sie die Zusammenarbeit besonders mit dem Mittelstand suchen, der gerade in der Emscherzone zunehmende Bedeutung erlangt.

(B)

Herr Professor Schulte, den ich mit der Planung für die neue Fachhochschule beauftragt habe, erarbeitet auf der Grundlage von Vorarbeiten in meinem Hause, auch von Vorarbeiten der Fachhochschule Bochum und der anderen beteiligten Hochschulen und auch nach Gesprächen mit Vertretern der Region ein Ausbaukonzept, das in den nächsten Wochen mit allen Beteiligten erörtert wird.

Für den Fächerausbau sehe ich dabei für die neue Hochschule die folgenden Perspektiven:

Am Standort Gelsenkirchen werden die vorhandenen Studiengänge Maschinenbau, Elektrotechnik, Versorgungstechnik und Entsorgungstechnik der technologischen Entwicklung und den Anforderungen der Praxis entsprechend kontinuierlich weiterentwickelt.

Für den Studiengang Entsorgungstechnik wird gemeinsam mit dem Sheffield Polytechnic die Entwicklung eines internationalen Studiengangs angestrebt, weil hier auch internationale Erfahrungen zu nutzen sind. Alle vorhandenen Studiengänge sollen möglichst schnell um ein integriertes Praxissemester ergänzt werden.

(C)

Als neuer Studiengang kann schon im Wintersemester das Fach Wirtschaft starten. Studienschwerpunkte können in den Bereichen Handel, Logistik, Rechnungswesen, Steuerlehre, Kultur- und Freizeitwirtschaft, Management im Gesundheitswesen entwickelt werden. Aufbauend auf einer breiten betriebswirtschaftlichen Grundausbildung sollen mit diesen Differenzierungen neben klassischen Schwerpunkten auch bisher vernachlässigte und für die Zukunft tendenziell wichtige Bereiche angeboten werden.

Im Jahre 1993 könnte ein neuer Studiengang Mikroinformatik, der in der Fachhochschule Bochum, Abteilung Gelsenkirchen, bereits vorgedacht ist, begonnen werden, zu dem wesentliche Vorarbeiten eben schon vorliegen. Der Studiengang Mikroinformatik orientiert sich auf modernem technischem Niveau an den beruflichen Aufgaben von Informatikern in der Praxis, insbesondere in mittelständischen Unternehmen. Gerade hier haben wir ja auch gute Chancen, die jungen Menschen, die das gelernt haben, in die berufliche Praxis hineinzubringen. Gegenstand des Studienganges sind software- und hardwaretechnische Problemlösungen mittels Mikrocomputern und Mikroprozessoren in Technik und Organisation.

Als weitere Ausbauperspektive wäre von einem Studiengang Physikalische Technik auszugehen, der mit den Studienrichtungen Meß- und Sensortechnik, Mikrostrukturtechnik, gegebenenfalls auch Werkstoff- und Oberflächentechnik, Schwerpunkte dort setzt, wo die Erkenntnisfortschritte der Grundlagenforschung zunehmend Umsetzungen in die Praxis erfahren und wo nach dem derzeitigen Prognosestand markbestimmende Technologien des 21. Jahrhunderts sein werden.

(D)

Für den Standort Bocholt sind die Studiengänge Wirtschaft, Maschinenbau und Elektrotechnik vorgesehen. Allen Studiengängen gemeinsam soll eine besondere Dienstleistungsorientierung sein, und sie sollen durch Anwendung der Informatik gekennzeichnet sein. Der Studiengang Wirtschaft wird in Bocholt, aufbauend auf einer grundlegenden betriebswirtschaftlichen Ausbildung, Schwerpunkte in der Wirtschaftsinformatik, der Fremdenverkehrswirtschaft und eventuell später auch im internationalen Beschaffungs- und Absatzmarketing entwickeln.

(A) (Ministerin Brunn)

Die Schwerpunktsetzung des Studiengangs Elektrotechnik wird in der Informationstechnik gesucht. Der Studiengang Maschinenbau wird sich auf die modernen Automatisierungstechniken konzentrieren.

Auch hier können wir mit dem Studiengang Wirtschaft schon im Wintersemester 1992/93 beginnen und die weiteren Studiengänge in den Jahren 1993 bzw. 1994 in Angriff nehmen.

Für alle Studiengänge am Standort Bocholt wird schon in der Entwurfsphase eine enge Kooperation mit der niederländischen Fachhochschule Gelderland bzw. mit anderen Fachhochschulen in den Niederlanden angestrebt.

Erste Planungsüberlegungen gibt es auch bereits für den Standort Recklinghausen, wo der Studienbetrieb mit dem Wintersemester 1995/96 aufgenommen werden soll. Hier haben wir Entwürfe für ein stimmiges Standortkonzept, das die Fachhochschule Gelsenkirchen sinnvoll ergänzen und abrunden soll. Hier denkt man an Chemisch-Physikalische Technik mit den Studienrichtungen Instrumentelle Analytik der Medizintechnik, das Wissenschaftsingenieur- und Verkehrswesen und Schwerpunkte in den Bereichen Transport und Verkehr.

(B)

Dort müssen wir noch etwas weiter nachdenken und die Anregungen insbesondere aus der Region einbeziehen. Alle Überlegungen zielen darauf, die Chancen des Aufbaus für ein modernes und auch die internationalen Dimensionen einbeziehendes Profil der neuen Fachhochschule zu nutzen, das in enger Zusammenarbeit mit der Region Impulse für die Wirtschaftsstruktur setzt.

Jede Abteilung soll sich in ein in den Fächern ergänzendes und auf Kooperation setzendes Studienangebot gliedern, und so soll aus den einzelnen Teilen der Fachhochschule auch ein Ganzes werden, das sich in der Breite des Spektrums ergänzt.

Sie wissen, daß wir beim Ausbau der Fachhochschulen zunächst den Schwerpunkt im räumlichen Ausbau und in der personellen Ergänzung hier durch das Hochschulsonderprogramm II in den vorhandenen Standorten gesetzt haben, um dort Erleichterungen der Studienbedingungen zu ermöglichen.

(C)

Mit der neuen Fachhochschule setzen wir einen neuen zusätzlichen Akzent. Dies wird möglich durch das besondere Programm zugunsten der Kohlerückzugsgebiete.

Ich hoffe, daß die neue Fachhochschule Gelsenkirchen mit der zügigen Verabschiedung des Errichtungsgesetzes einen guten Start findet und im Dienst der Region und besonders der Menschen, denen sie ihre Entstehung verdankt, eine gute Arbeit leisten wird. - Herzlichen Dank, Herr Präsident, auch dafür, daß Sie mir eine Minute mehr zugestanden haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Frau Ministerin Brunn. - Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Kollege Apostel. Ich erteile ihm das Wort. Bitte schön!

Abgeordneter Apostel (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Entwurf eines Errichtungsgesetzes für die Fachhochschule Gelsenkirchen wird von der SPD-Fraktion begrüßt. Wir erkennen darin die Handlungsabsicht der Landesregierung für eine schnelle Hilfe in zwei Richtungen: erstens Unterstützung des Strukturwandels durch Qualifizierung und neue Innovationspotentiale, zweitens Entlastung des Hochschulsystems durch neue Elemente und Kapazitäten im Bereich der Fachhochschulen.

(D)

Die SPD-Fraktion begrüßt vor allem auch die Absicht der Landesregierung, noch im Jahre 1992 mit der neuen Hochschule und dem Vorlesungsbetrieb zu beginnen.

Alle örtlichen Initiativen, die sich um die neue Hochschuleinrichtung bemüht haben, wünschen eine schnellstmögliche Verwirklichung. Die SPD-Fraktion erklärt ihre Bereitschaft, im Verfahren der Gesetzgebung der Notwendigkeit, schnell zu entscheiden, Rechnung zu tragen. Wir bitten auch die übrigen Fraktionen des Landtags, diesen Gesichtspunkt zu unterstützen und nach Möglichkeit auch an der Beschleunigung mitzuwirken.

(A) (Apostel [SPD])

Eine zusammenfassende Bewertung der Neugründung kommt zu dem Ergebnis, daß nach dem Ausbau der Abteilungen in der neuen Hochschule jedes Jahr 1 200 bis 1 300 Ingenieure zusätzlich ihren Hochschulabschluß werden erlangen können.

Was soll sich also ändern? - Die bisherige Abteilung der Fachhochschule Bochum/Gelsenkirchen wird selbständige Hochschule. Die vorhandenen 1 094 räumlichen Studienplätze sollen um 1 200 erhöht, damit also mehr als verdoppelt werden.

Die Hochschule bekommt eine eigene Leitung und eine eigene Verwaltung. Außerdem werden die Abteilungen in Bocholt sofort und in Recklinghausen im Jahre 1995 ihren Betrieb beginnen.

In Gelsenkirchen sind die Fachbereiche Elektrotechnik und Maschinenbau vorhanden, außerdem zwei Diplomstudiengänge für Ver- und Entsorgungstechniken. Der Fachbereich Elektrotechnik soll eine neue Studienrichtung Mikroelektronik entwickeln. Die Studiengänge Ver- und Entsorgungstechnik sollen einen Fachbereich bilden. Zusätzlich sollen zwei neue Fachbereiche dazukommen: der Fachbereich Wirtschaft mit einer Schwerpunktentwicklung in der Logistik und der Fachbereich Mathematik und Informatik mit einer geplanten Entwicklung zur Wirtschaftsinformatik.

(B)

Für die Abteilung Bocholt sollen die Fachbereiche Elektrotechnik, Maschinenbau mit Richtung auf Regelungs- und Steuerungstechnik sowie Wirtschaft entstehen.

Für die Abteilung Recklinghausen können die weiteren Planungen bis zum Beginn im Jahr 1995 noch präzisiert werden. Dazu brauchen wir heute noch keine genaueren Vorstellungen. Die Abstimmung mit den umgebenden Hochschulen wird sicherlich auch noch den einen oder anderen Zeitbedarf ergeben. Ich habe aus den Worten der Ministerin entnommen, daß dort beispielsweise Verkehrstechnik eine Rolle spielen soll; das ist ein Entwicklungsprogramm, das die Gesamthochschule Duisburg ebenfalls betreibt. Da muß man also sehen, daß nach Möglichkeit keine räumlichen Konkurrenzen zusätzlich entstehen.

Die SPD-Fraktion unterstützt die Aussage der Landesregierung in dem Errichtungsgesetz unter dem

(C)

Punkt B - Lösung - ganz besonders. Dort steht nämlich zu lesen: "Es geht um die zügige Verbesserung des Fachhochschulangebots." Wir begrüßen, daß die stark überlaufenen Bereiche der Wirtschaftswissenschaft sowohl in Gelsenkirchen wie auch in Bocholt noch 1992 beginnen sollen.

Die SPD-Fraktion legt Wert auf die Feststellung, daß der Begriff "zügige Verbesserung des Fachhochschulangebots" für die gesamte Gründungszeit bis zum Endausbau Gültigkeit behält. Wir bitten deshalb die Landesregierung um die Vorlage eines Fachhochschulentwicklungskonzepts für Gelsenkirchen, in dem die bauliche Entwicklung sowie der Personalbedarf nach Anzahl und Qualität nachgewiesen wird. Gleichzeitig bitten wir die Landesregierung, dafür zu sorgen, daß die rechtlichen Voraussetzungen für die Besetzung der erforderlichen Stellen jeweils erfüllt sind.

Die Errichtung der neuen Hochschule soll nach dem Willen der SPD-Fraktion weder durch administrative noch durch haushaltsrechtliche Klippen behindert oder verzögert werden.

Es gibt im Bereich der schon bestehenden Hochschulen Sorgen, daß die neue Hochschule aus der finanziellen und persönlichen Substanz für die Hochschulen finanziert wird. Die Landesrektoren der Fachhochschulen haben auf diese Befürchtung hingewiesen.

(D)

Ich möchte für die SPD-Fraktion erklären, daß auch wir eine Neugründung nur für sinnvoll halten, wenn die erforderlichen Aufwendungen tatsächlich zusätzlich zur Verfügung gestellt werden können.

(Beifall bei SPD und CDU)

Wir wollen uns damit nicht der notwendigen Überprüfung der Hochschulen nach Einsparmöglichkeiten entziehen, die Lage der Fachhochschulen möchte ich aber trotzdem mit einigen Zahlen beleuchten: Zur Zeit haben wir 78,9 % unserer Studenten an den Universitäten, Gesamthochschulen, Kunst- und Musikhochschulen, und die werden versorgt durch 88,3 % unseres wissenschaftlichen Personals. An den Fachhochschulen haben wir 21,1 % unserer Studenten, aber nur 11,7 % unseres wissenschaftlichen Personals.

(A) (Apostel [SPD])

Ich glaube, daß diese Zahlengegenüberstellung die drastische Schwierigkeit an den Fachhochschulen und die Notwendigkeit zur Entlastung im Fachhochschulbereich eindeutig untermauert. Es kann also durchaus notwendig werden, die Berechtigung von Personalstellen an einzelnen Hochschulen auch unter den Kriterien von Effizienz und Studentenbelastung neu zu prüfen und bei Bedarf auch neu zu verteilen. Ich mache im Zusammenhang mit der Errichtung dieser neuen Fachhochschule darauf aufmerksam, damit wir in späterer Zeit nicht gesagt bekommen, darauf hätte man doch einmal hinweisen müssen, daß in den übrigen Bereichen möglicherweise auch noch nach Verbesserungen gesucht werden muß.

Wir entziehen uns der Sache nicht, glauben aber, daß die Neuerrichtung einer Fachhochschule tatsächlich erst einmal durch zusätzlich zur Verfügung gestellte Ressourcen flankiert werden muß. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke dem Kollegen Apostel und darf für die CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Professor Posdorf das Wort erteilen. Bitte schön!

(B)

Abgeordneter Dr. Posdorf (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vielleicht einmal so beginnen: Wenn hier schon ein kleiner Streit in bezug auf die Einbringungsrede stattfindet, möchte ich fast sagen: "Herr Minister Apostel", was jedoch noch nicht stimmt. Jedenfalls waren die Einbringungsreden fast identisch; Sie müssen wohl den gleichen Redenschreiber gehabt haben.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Aber das ist nicht so schlimm. Ich möchte jetzt kurz zur Sache kommen, damit hier keine Geschichtsklitterung passiert, wie es versucht wurde.

Es ist nicht der Beschluß oder die Verkündung des Ministerpräsidenten Mitte oder Ende Januar gewesen, sondern eingebracht worden ist dieser Antrag Fachhochschule Bocholt in Ergänzung Fachhochschule

(C)

Gelsenkirchen und Recklinghausen von der CDU im Dezember und Januar, anschließend von der F.D.P. als Ergänzung und von uns danach als richtiger Antrag, nicht nur als Antrag während der Haushaltsberatungen. Nur, damit das einmal klar ist!

Wir danken nicht dem Minister für seinen Beschluß oder seine Verkündung, sondern wir als Parlament und als Ausschuß - muß ich allerdings ganz ehrlich sagen - danken der Landesregierung, daß sie sehr zügig die beiden Anträge der CDU und der SPD, so einen Gesetzentwurf vorzulegen, umgesetzt hat.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Der F.D.P.!)

- Entschuldigung, der F.D.P., natürlich! - Das ist also die richtige Reihenfolge. Nur, ich glaube, wir sollten uns an dieser Stelle über diese Verfahren nicht weiter streiten. Es ist immer das gleiche Schema: Die Opposition macht was, die Regierung greift es auf, und dann war es die Regierung. Von daher gesehen muß das an dieser Stelle einmal gesagt werden.

Wir hoffen, daß wir ähnlich wie beim vorausgehenden Tagesordnungspunkt, nämlich in bezug auf die Studentenwerksgesetze, zu einer genauso konstruktiven und produktiven Beratung im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung kommen, so daß wir den Problemen, die hier auch richtig geschildert worden sind - im Fachhochschulbereich, im Hochschulbereich allgemein -, zum Wohle der Studenten und zur Weiterentwicklung unseres Landes sehr schnell und effektiv beikommen können.

(D)

Diesen Gesetzentwurf, der ein Ergebnis der Anträge von CDU und F.D.P. ist, werden wir hoffentlich sehr zügig beraten können. Von unserer Seite aus bestehen überhaupt keine Bedenken, so daß die zeitliche Schiene sehr schnell erreicht werden kann und wir zu einer Umsetzung dieses Gesetzentwurfs kommen werden. Ich gehe davon aus, daß das hier Konsens ist. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Professor Posdorf. - Für die F.D.P.-Fraktion erteile

(A) (Vizepräsident Schmidt)

ich dem Abgeordneten Schultz-Tornau das Wort. Bitte schön!

Abgeordneter Schultz-Tornau (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese Streitigkeiten um Erstgeburtsrechte haben seit der Bibel - Esau und Jakob - immer etwas Peinliches, obwohl das manchmal auch sehr erfolgreich sein kann, wie dieses biblische Beispiel zeigt. Ich will deshalb nur ganz leise noch einmal daran erinnern, daß wir in der Tat die ersten waren, die diese Konfiguration damals in den Landtag eingebracht haben,

(Abgeordneter Apostel [SPD]: Die ersten waren die Bürgerinitiativen!)

die Verselbständigung von Gelsenkirchen und die beiden Abteilungen Recklinghausen und Bocholt. Das war im ersten Anlauf, erinnere ich mich noch, mit einiger Skepsis aufgenommen worden.

Um so mehr haben wir uns dann gefreut, als der Herr Ministerpräsident wenige Wochen später bei seiner Landestournee durch die Montanbereiche diese Idee aufgegriffen hat und sich seitdem dann alle dafür in besonderer Weise begeistern konnten.

(B)

Wir hatten auch noch einen Antrag gestellt, der im übrigen sogar im Ausschuß und hier im Landtag angenommen worden ist, dennoch aber nicht zum Zuge kommt, nämlich eine Kommission für die einzelnen Fächer zu bilden. Ich gebe zu, daß wir hier nicht auf Durchführung im Gesetzentwurf bestehen, weil einfach der Wunsch nach Schnelligkeit berechtigt ist.

Die eigentlichen Träger - wenn wir Verdienste verteilen wollen -, das sind strenggenommen die verdienstvollen Menschen in der Region; denn die haben die Idee und die Konzeptionen entwickelt, und die Politiker aller Couleur sind dem dann gefolgt. Das muß man gerechterweise auch einmal sagen.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Posdorf [CDU])

Die wollen natürlich jetzt auch möglichst schnell Früchte sehen und daß das umgesetzt wird. Von daher

(C)

will ich den Appell - der eben auch gerichtet worden ist -, zügig zu beraten, für meine Fraktion jedenfalls gern aufnehmen. Wir haben uns ja auch geeinigt, daß wir uns bereits im Juni im Ausschuß damit befassen mit der klaren Zielrichtung - und das muß bei gutem Willen auch erreichbar sein -, daß wir bei dieser Thematik, wo wir uns in der Sache einig sind, das nicht zerreden, sondern daß wir das zügig beraten - sprich: in einer Sitzung -, so daß wir dann im Juli hier im Landtag die zweite Lesung durchführen und dann sagen können: Wir haben etwas für die Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen erreicht.

Mit Freude habe ich gehört, daß Sie, Herr Apostel, gesagt haben, das dürfe hier nicht auf die jetzige Quote sozusagen angerechnet werden, sondern das müsse zusätzlich kommen. Da nehmen wir Sie beim Wort. Das muß sich dann auch im Haushalt niederschlagen. Wir werden das hochrechnen. Da muß ja zusätzlich etwas kommen.

Sie haben das mit Recht nicht nur auf diesen einzelnen Punkt bezogen, sondern generell wissen wir alle, daß wir aus der Misere unserer Hochschullandschaft nur herauskommen können, wenn wir u. a. die Fachhochschulen in ihrer Leistungsfähigkeit deutlich stärken. Die Fachhochschulen nehmen heute schon einen erklecklichen Teil der Studierenden auf, und wir werden dafür Sorge tragen müssen, daß sie in die Lage versetzt werden, in Zukunft noch einen deutlich höheren Anteil an Studierenden in unserem Lande und in der Bundesrepublik insgesamt aufnehmen zu können.

(D)

Das heißt, über den Einzelfall dieses sogenannten Gelsenkirchengesetzes hinaus werden wir unsere Anstrengungen im Bereich der Fachhochschulen nicht nur beim Thema Neugründung, sondern auch beim Thema Verstärkung bestehender Standorte deutlich verstärken müssen. Wir wissen inzwischen auch, daß sich manche Entscheidungen der vergangenen Jahre, Studiengänge aufzuheben, aus heutiger Sicht nicht mehr als richtig darstellen. Wir müssen neu darüber nachdenken, ob wir nicht frühere Fehler aus heutiger Einsicht korrigieren sollten. Das wäre meine Bitte.

Aber das soll jetzt nicht mit der im Juni anstehenden Thematik verknüpft werden, sondern das ist sozusagen nur der weiterführende Gedanke. Sie wissen, daß

(A) (Schultz-Tornau [F.D.P.]

ich da auch immer ein bißchen als ost-westfälisch-lippischer Abgeordnete denke. Ich weiß, Frau Ministerin - Sie haben das ja selber auch gesagt -, daß Sie das Problem ähnlich sehen, daß wir zu Verstärkungen in unserer Fachhochschullandschaft auch an bestehenden Standorten kommen sollten. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Herr Kollege Schultz-Tornau. - Für die GRÜNEN-Fraktion spricht der Abgeordnete Martsch. Bitte schön!

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Die soll doch nicht in Kurdistan gegründet werden!)

Abgeordneter Martsch (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr verehrte Frau Ministerin!

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Oh!)

Ich könnte das Spielchen, das hier gerade vorgetragen wurde, die Regierung habe nicht genügend gewürdigt, daß die Opposition schon am Werke war, fortsetzen.

(B) Ich könnte nämlich hinzufügen: Die große Opposition hat nicht genügend gewürdigt, daß auch kleine Oppositionen am Werke waren. Ich denke, das ist alles grober Unfug. Entscheidend ist, daß diese Fachhochschule entstehen wird aufgrund des Wunsches und des Druckes der Bevölkerung vor Ort, der Bevölkerung in der Region, die hier in den Landtag die Notwendigkeit dieser Fachhochschule hineingetragen hat.

Mit der Errichtung der Fachhochschule in Gelsenkirchen mit jeweils einer Abteilung in Bocholt und Recklinghausen haben wir uns im Plenum und im zuständigen Ausschuß bereits mehrfach seit August des letzten Jahres beschäftigt. Deshalb will ich mich angesichts der Situation im Saale hier relativ kurz fassen. Ich spreche natürlich nicht nur für meine Fraktion - das sowieso -, sondern ich spreche hier natürlich auch als Bewohner des Kreises Borken, also eines direkt betroffenen Kreises, als Mensch der Region, der sich auch zu Hause, in der Heimat, für diese Fachhochschule eingesetzt hat.

(C)

Ich bin mir ganz sicher, daß insbesondere die Menschen im Westmünsterland die Entscheidung zur Gründung dieser Fachhochschule begrüßen,

1. weil gerade in dieser Region Hochschulplätze fehlen und die umliegenden Hochschulorte wie z. B. Münster bereits eine enorme Nachfrage von Studierenden verzeichnen, die schon jetzt nurmehr schlecht als recht zu bewältigen ist,
2. weil die begrüßenswerte Initiative zur Gründung einer Fachhochschule aus Bocholt und der Region mit dem Beschluß zur Errichtung der Fachhochschule positive Konsequenzen hatte und
3. weil wir bei der Hochschulneugründung auch die Chance sehen, Studiengänge mit neuem Profil einzurichten.

Bei der Abteilung in Bocholt denke ich da z. B. an Studiengänge mit neuer ökologischer Ausrichtung und mehr Interdisziplinarität.

Der Aspekt des inhaltlichen Profils der zu errichtenden Fachhochschule sowie die Frage ihrer Finanzierung und ihrer Personalausstattung sind für uns Punkte, die noch im Wissenschaftsausschuß ausführlich diskutiert werden müßten, insbesondere im Zusammenhang mit dem nun vorliegenden Bericht zur Entwicklung der Fachhochschulen. Deshalb will ich hier nicht näher darauf eingehen.

(D)

Ich möchte allerdings abschließend in bezug auf den vorliegenden Gesetzentwurf noch etwas Besonderes anmerken und hierzu insbesondere ihre Aufmerksamkeit, Frau Ministerin, erbitten.

Meine Fraktionskolleginnen und -kollegen haben sich mit mir gefragt, ob der Landesregierung nicht bekannt ist, daß auch Frauen als Beschäftigte sogar in gehobenen Positionen an Hochschulen tätig sein können und daß sie es manchmal sogar schon sind. In dem Entwurf wird nämlich nur von Arbeiter, Mitarbeiter, Rektor oder Kanzler gesprochen. Wir, meine Fraktion, meine Kolleginnen und Kollegen, halten es für notwendig, daß sich auch in der sprachlichen Form dieses Gesetzentwurfes die Tatsache niederschlagen sollte,

(A) (Martsch [GRÜNE])

(Beifall der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

daß Frauen in zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen tätig sind. Sie werden mir sicherlich verzeihen, daß ich das gerade in diesem Falle besonders anmerke, nicht, weil ich ein Mitglied der feministischen Bewegung bin, sondern weil Sie, da Sie als Frau diesem Ministerium vorstehen, bestimmt ein besonderes eigenes Interesse haben, dies auch zu verwirklichen. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Martsch.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir sind am Schluß der Beratung zur ersten Lesung des Gesetzentwurfes zur Errichtung der Fachhochschule Gelsenkirchen. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich lasse abstimmen, und zwar über die Überweisung des Gesetzentwurfes an den Ausschuß für Wissenschaft und Forschung. Wer sich dieser Empfehlung anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

(B)

Ich rufe Punkt 9 auf:

Einführung einer Landesberichterstattung ARMUT IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Antrag
der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/3186

in Verbindung damit:

Einführung einer Landessozialberichterstattung

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 11/3205

(C)

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales
und Angelegenheiten der Vertriebenen und
Flüchtlinge
Drucksache 11/3750

Ich verweise hierzu auch auf den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/3841.

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst dem Herrn Abgeordneten Vöge für die SPD-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Vöge (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den alten Bundesländern hat der allgemeine Wohlstand ein historisch einmaliges Niveau erreicht, und es geht sehr vielen Menschen sehr gut. Gleichzeitig werden aber immer mehr Menschen von dem steigenden Wohlstand ausgeschlossen und an den Rand dieser Gesellschaft gedrängt. Statistischer Ausdruck ist unter anderem der steile Anstieg der Zahl der Sozialhilfeempfänger in der Bundesrepublik Deutschland. Von 1980 bis 1990 ist ein Anstieg von über 120 % zu verzeichnen.

(D)

Allerdings muß man auch feststellen, daß es nicht so aussieht, als ob Armut, soziales Ungleichgewicht, die Bundesrepublik sehr erschüttert. Sie wird, so scheint es, von der Mehrheit der Bevölkerung pflichtgemäß bedauert oder unbillig, ungläubig oder gläubig registriert. Aber sie beschäftigt die politische Phantasie nur in Maßen. Nur so, Herr Kollege Lanfermann, kann ich Ihre Bemerkung verstehen, Sie sähen einen Wettlauf zwischen den GRÜNEN und der SPD, wer denn mehr Sozialhilfeempfänger oder Arme im Lande ausfindig machen könne. Ich empfinde das als eine ausgesprochen zynische Haltung.

(Zustimmung bei der SPD)

Vielleicht ist diese Haltung nur so zu verstehen, daß sich dieses Thema nicht für eine politische Kampagne wirksam umsetzen läßt, nicht zuletzt deshalb, weil sich die Betroffenen sehr oft scheuen, sich öffentlich vorführen zu lassen.